

«Kohl of duty»

Als die UBS in der Finanzkrise von 2008, uuhps ..., «völlig ahnungslos» auf allerlei Schrottpapieren ausrutschte, musste sie bekanntlich vom Staat mit Milliardenkrediten gerettet werden. Stellungnahmen aus allen politischen Lagern betonten damals, so etwas dürfe nie wieder passieren, der Staat dürfe sich nie wieder nach dem Muster «too big to fail» erpressen lassen. Aber ziemlich bald legte sich die Regulierungsbereitschaft bei den bürgerlichen Parteien. Die Eigenkapital-Anforderungen und die sonstigen Risiko-Reduktionsvorschriften fielen in der einschlägigen Gesetzgebung von 2012 äusserst zahm aus, ebenso schwach blieben die Kontrollkompetenzen der Finanzmarktaufsicht Finma. Die international aktiven Grossbanken konnten sich weiterhin ziemlich ungehindert im Dschungel der globalen Finanzindustrie austoben. Der ab 2011 (bis 2020 und dann wieder ab April 2023) residierende CEO der UBS, Herr Motti, warnte vor «übertriebenen Sicherheitsauflagen», so etwas mache ja nur das Geschäft kaputt und schaffe Nachteile im internationalen finanzindustriellen Wettbewerb. Die bürgerlichen Finanzpolitiker betonten daher gehorsam, man solle die Banken doch nur machen lassen. Dieses Glaubensmantra verkündete denn auch noch unser damaliger «Bundesfinanzueli» nur wenige Monate vor dem Absturz der Credit Suisse. Und so kam es, wie es angesichts der schwachen Sicherheitsvorgaben früher oder später kommen musste: Eine der beiden Grossbanken kam gefährlich ins Schlingern und musste vom Staat gerettet werden. Diesmal war es die Credit Suisse. Mit Staatshilfe in 3-stelliger Milliardenhöhe wurde diese taumelnde Mega-Bank in den Rachen der UBS geschoben und wurde damit erfolgreich zur «Schreddy-Suisse». Kaum war die CS nun auf diese Weise «ubsolet» geworden, holte der geniale Finanzmagier der XL-UBS, Colm Kelleher, ohne Besinnungspause den als Anti-Regulierungsturbo bekannten «Herrn Motti» wieder an die operative Spitze der UBS. Einem Ruf der Pflicht, «call of duty», ist Herr Motti offenbar gefolgt, wobei dieser «call of duty» selbstredend auch ein jährlicher «salary-call of 14 millions» darstellt. Die bürgerlichen Parteien, die noch im Frühjahr nach rigorosen Massnahmen im

Umgang mit der neuen Klumpenrisiko-UBS riefen, bleiben nun angesichts der bevorstehenden eidgenössischen Wahlen auf seltsame Weise still. Herr Motti erklärte lauthals, es sei nicht möglich, die CS als parallele Bank für den schweizerischen Alltagsbedarf weiterzuführen, und «schwubbs» passten sich die bürgerlichen Politiker gehorsam dem «Tagesbefehl» des allwissenden «Herrn Motti» an. Ja, da kann man halt nichts machen, die UBS ist nicht nur «too big to fail», sie ist – ähnlich wie der Papst – auch «unfailbar». Und weil doch im Grossen und Ganzen - bis zum nächsten Crash - alles so gut über die Bühne gegangen ist, darf die neue Finanzministerin nun wegen ihrer stromlinienförmigen Zusammenarbeit anlässlich der notrechtlichen «Ubsorbierung» der CS neuerdings stolz den Ehrentitel «Kelleher-Sutteher» tragen. Herr Motti ist jedenfalls sehr froh darüber, dass sie dem letzten übriggebliebenen CH-Banken-Haifisch nach dem CS-Notfrass allfällige lästige Auflagen erspart hat, sonst nämlich hätte er den «Kohl of duty» wohl kaum angenommen.

Ch.B. 29.09.2023